

SCHWERPUNKT ZWÄNGE DER GLOBALISIERUNG

EROSION VON STAATLICHKEIT INFOLGE WACHSENDER INTERNATIONALER VERFLECHTUNGEN

In einem Prozess weltweiter Vernetzungen werden nationale Regelungen durch internationale Verträge abgelöst: Wirtschaftszusammenhänge lassen sich nur noch global erklären, das Lösen von Umweltproblemen auf bloß nationaler Ebene ist undenkbar geworden. Der Nationalstaat durchläuft einen komplexen Wandel, der nicht nur politische Veränderungen mit sich bringt.

Durch die rasanten Entwicklungen in den Bereichen der Informationstechnologie und – seit dem Ende des Kalten Kriegs und der darauf basierenden Neuerschließung vieler Märkte – der zügellosen Durchsetzung neuer Finanzprodukte im globalen Kapitalverkehr scheint der Staat immer mehr in den Hintergrund getreten zu sein. Weltweit werden in jeder Sekunde über verschiedenste Internetplattformen Daten ausgetauscht, neue Investitionen per Mausklick getätigt, Mitteilungen per „Twitter“ quer durch die Welt geschickt und dank Online-Auktionen Unmengen von Waren ersteigert. Das Ergebnis einer derartigen technischen Entwicklung ist das langsame Verschwimmen der Grenzen zwischen den Staaten und eine durch enge Kommunikations- und Wirtschaftsbeziehungen gewährleistete globale Verschmelzung der Kulturen zum Nachteil indigener Lebensformen. Abseits der technischen und kulturellen Globalisierung birgt speziell die ökonomische, ökologische und politische Verflechtung enorme Risiken. Gerade weil Autorität und Existenz des Nationalstaats hierdurch infrage gestellt werden, lohnt es sich, die Rolle des Staates näher zu betrachten: Wer benötigt den Staat in einer Zeit, in der multinationale Konzerne ihre eigenen Bedingungen für Investitionen diktieren, Privatunternehmen die Sicherheitspolitik eines Landes steuern, das Sozialsystem privatisiert wird und gewinnorientierte Ratingagenturen die Haushaltspolitik bestimmen?

Globalisierung und Staat

Die Globalisierung ist ein Prozess der weltweiten Verflechtung von verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Dieser Prozess reicht sehr weit und lässt sich historisch in verschiedene Phasen aufteilen. Die aktuell letzte Phase der Globalisierung begann mit dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989 und der gleichzeitigen Öffnung der Märkte dieser Staaten für den Waren- und Kapitalverkehr aus dem kapitalistischen Westen. Eine anhaltende Diskussion über dieses Phänomen ist schon im 160 Jahre alten „Kommunistischen Manifest“ zu lesen. Dort heißt es: „[...] Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnten Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. [...] Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet.“¹ Dies erweckt den Anschein, als diene die Globalisierung in ihrem Kern besonders der Kapitalanhäufung durch Erschließung neuer Märkte und deren Ausbeutung. Eine alleinige ökonomische

Betrachtung divergiert jedoch mit den heutigen Auswirkungen eines solchen Phänomens auf das alltägliche Leben vieler Individuen. Die Globalisierung wirkt nach mehrheitlicher Ansicht in vier verschiedenen Dimensionen: Globalisierung der Politik, der Kultur, der Ökonomie sowie Globalisierung mit ökologischen Folgen.² Inwiefern der Staat als soziale Form von Organisation an Bedeutung verliert, ist fraglich. Der Staat als Steuerungssubjekt, der Entwicklungen innerhalb der Gesellschaft gestaltet, wird durch die Einwirkung globaler Faktoren in seiner Funktion als hoheitlicher Planer weiter eingeschränkt und zugleich in einem Standortwettbewerb mit anderen Staaten konfrontiert.

Folglich existiert kein Staat mehr, der wirtschaftlich und politisch in sich abgeschlossen ist. Durch das Wirken der Globalisierung leidet der Staat unter einem Erosionsprozess, an dem die Staatlichkeit bereits zu bröckeln begonnen hat. Die Folgen sind an den aktuellen Pleitewellen von europäischen Staaten zu beobachten.

Globalisierung und Ökonomie

Das traditionelle Prinzip, wonach Regierungen eines Landes die Rahmenbedingungen für die Unternehmen und Bürger vorgeben und dieses Angebot gleichzeitig als Instrument der Einflussnahme auf die Standortqualität des jeweiligen Territoriums dient,³ wird im Rahmen der globalen Ökonomie seit der Finanzkrise immer häufiger infrage gestellt. Wenn ein multinationales Unternehmen seine Produktionsstandortentscheidung von finanziellen Hilfen abhängig macht, stellt sich die Frage, ob nationale Hoheitsträger überhaupt noch die Rahmenvorgaben des Wirtschaftens als Kompetenz innehaben. Passen einem Unternehmen die Steuersätze nicht, so wandert es ins Nachbarland aus, um dort die Produktionsstätten mit Einsparungen an Lohn- und Steuerabgaben wieder zu eröffnen. Dass gerade diese Profite jedoch auf Kosten des Arbeitsschutzes, der in vielen Ländern kaum existiert, des Umweltstandards und durch Ausnutzung niedriger Lebenshaltungskosten erlangt werden, zeigt, wie stark das Prinzip der Gewinnmaximierung und wie schwach das Soziale in vielen Führungsetagen der Unternehmen verankert ist. Gerade die Etablierung neoliberaler Formeln wie „Wirtschaftliches Wachstum schafft und sichert Arbeitsplätze“ oder „Vorfahrt für Arbeit“, als oberste Maxime der Wirtschaftspolitik führt zu einem radikalen Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten, zu Lohn- und Steuersenkungen und zum Ausbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Eine gesteigerte Rationalisierungstendenz bei erhöhtem Wachstum wird sogar gänzlich ignoriert. Erschwerend kommt die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aufgrund weltweit unterschiedlicher Produktionsverhältnisse hinzu, sodass Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich zunehmend am globalen Markt und nicht an den nationalen Maßstäben orientieren. Folglich werden ArbeitnehmerInnen und der Staat gleichermaßen erpresst: Während erstere Lohnkürzungen hinnehmen müssen, verzichtet der Staat auf Steuereinnahmen trotz gleicher Rahmenbedingungen, um einen gänzlichen Verlust zu verhindern. Marx erklärte dieses Phänomen wie folgt: „[...]Je mehr das Produktivkapital

also anwächst, desto mehr steigert sich die Konkurrenz unter den Arbeitern, und zwar in viel stärkerem Verhältnis. Die Entlohnung [...] nimmt ab [...] und die Arbeitslast vermehrt sich für einige[...]“⁴

Globalisierung und Ökologie

Die Prozesse der kapitalistischen Ökonomie – Produktion, Zirkulation und Konsumtion von Waren – verändern notwendigerweise die Natur und hinterlassen durch ihren aggressiven Expansionsdruck ei-



nen großen ökologischen Schaden, dessen Auswirkungen die Menschen in den kommenden Jahren durch das vermehrte Auftreten von Naturkatastrophen und einer Steigerung der Erdtemperatur zu spüren bekommen werden.⁵ Regionale Umweltprobleme durch Verschmutzung von transnationalen Flüssen oder durch Dürreperioden zwischen mehreren Staaten sind immer mehr Teil globaler Umweltphänomene wie der Erderwärmung und dem Treibhauseffekt. Durch alleinige nationale Umweltpolitik kann keine Besserung globaler Umweltprobleme erwartet werden. Mithin kann es nur folgerichtig sein, eine Umweltpolitik auf internationaler Ebene zu etablieren, um so einer weiteren Verschmutzung der Weltmeere, dem CO₂-Ausstoß, der Beschädigung der Ozonschicht und dem drohenden Verlust genetischer Vielfalt politisch etwas entgegenzusetzen. Ein ökologischer Umbau von Volkswirtschaften in den Industriestaaten und ein gleichzeitiger Austausch von Know-How bzgl. ressourcen- und energiesparender Produktionsmaßnahmen mit den Entwicklungsländern müssen stattfinden, um nicht in eine ökologische Sackgasse zu driften, die eine Torpedierung des globalen Klimas bedeuten würde.⁶ Bislang reagierte die Politik in Form von verbesserter Koordination und Kooperation der Staaten und durch Beschlüsse auf internationalen Umwelt- und Entwicklungskonferenzen.⁷ Der letzte Klimagipfel von Kopenhagen verdeutlicht ein derzeit gravierendes Problem: Eine global geführte Umweltpolitik kann nur funktionieren, wenn die Staatengemeinschaft gewillt ist, dies durch verbindliche Vereinbarungen zu etablieren. Das Scheitern von Kopenhagen zeigt, dass die Verhandlungsparteien eines Klima-Abkommens sich eher für die Verteidigung ihrer

wirtschaftlichen Interessen einsetzen, als nach Lösungen zu suchen.⁸ Nur das Bewusstsein für eine notwendige weltweite Umweltpolitik kann weitere Schäden abwenden.

Sozial und ökologisch mitgestalten

Es wäre falsch, die Globalisierung als eine rein negative Erscheinung zu begreifen, die ausschließlich dem Interesse von KapitalbesitzerInnen und multinationalen Unternehmen dient. Die Neoliberalen haben sich ihr eigenes Dilemma geschaffen und der Staat versucht, aus diesem herauszutreten. Einerseits wird er in Zeiten der Finanzmarktkrise gebraucht, andererseits fehlen ihm entscheidende Instrumente, um seinen StaatsbürgerInnen den entsprechenden sozialen Schutz zu bieten. Nur die Etablierung von Standards auf internationaler Ebene kann die negativen Auswüchse eindämmen. Dies würde bedeuten: Arbeitsschutzbestimmungen gelten überall dort, wo gearbeitet wird; Umweltschutzbestimmungen überall da, wo Umweltgefährdungen entstehen.⁹ Auf diese Weise könnte die Globalisierung aus ihren neoliberalen Zwängen befreit und eine Basis für eine soziale und ökologische Gestaltung geschaffen werden. Hierzu werden aber weit mehr als Initiativen von Nationalstaaten benötigt. Gerade die gesellschaftliche Mobilisierung spielt eine entscheidende Rolle bei einer Veränderung hin zu mehr Sozialstaatlichkeit, einem Stopp des „race to the bottom“ und einer umweltfreundlichen Ausgestaltung. So könnte die Integration gesellschaftlicher Initiativen dabei helfen, die Chancen der Globalisierung wahrzunehmen und ihre Risiken und Fehlentwicklungen einzudämmen. Der neoliberalen Politik muss endlich mit einem Prozess der internationalen Solidarisierung begegnet werden!

Ridvan Ciftci studiert Jura in Bielefeld.

Weiterführende Literatur:

Andreas Fisahn, Herrschaft im Wandel, 2008.

David Renton, Marx on Globalisation, 2001.

¹ Karl Marx / Friedrich Engels, *Ausgewählte Werke*, Bd. I, 1985, 420.

² Josef Esser, *Der kooperative Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung*, in: Diether Döring (Hrsg.), *Sozialstaat in der Globalisierung*, 1999, 132.

³ Volker Borschier, *Institutionelle Ordnungen*, 2005, 200.

⁴ Karl Marx / Friedrich Engels, *MEW*, Bd. 4, 1972, 452.

⁵ Elmar Altvater, *Die kapitalistischen Plagen*, *Blätter für deutsche und internationale Politik (BdIP)*, 3/2009, 54.

⁶ Udo E. Simonis, *Wer rettet die globale Ökologie?*, in: Clemens K. Stepina (Hrsg.), *Der demokratische Nationalstaat in den Zeiten der Globalisierung*, 2002, 73.

⁷ Ebd.

⁸ Thomas Breuer, *Klimaschutz am Abgrund*, *BdIP*, 2/2010, 28.

⁹ Ingeborg Maus, *Die Bedeutung nationalstaatlicher Grenzen*, *BdIP*, 3/2001, 323.